

Entstehungsgeschichte

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde**

Band (Jahr): **56 (1994)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entstehungsgeschichte

Die staatliche Stelle eines Landkultur-Pflegers

Im Juli 1942 erhielt der kantonale Landwirtschaftsdirektor vom bernischen Stadtpräsidenten einen Vorschlag zur Schaffung eines «Kantonales Amtes zur Pflege der Dorfkultur». ¹ Stadtpräsident Ernst Bärtschi hatte Regierungsrat Hans Stähli vorher schon mündlich darüber informiert, dass der Schriftsteller und Lehrer Karl Uetz beabsichtige, eine solche Eingabe zu machen. Der detaillierte, ein Pflichtenheft des Leiters umfassende Vorschlag zur Errichtung eines Amtes war «Christian Rubis Idee», wie Karl Uetz in einem Brief an Ernst Bärtschi festhielt. ² Dass Uetz das Begehren via Stadtpräsident an die Landwirtschaftsdirektion richtete, hing damit zusammen, dass Bärtschi als städtischer Schuldirektor auch Rubis Vorgesetzter war, da dieser seit 1933 in der Stadt Bern als Lehrer wirkte.

Christian Rubi, der eigentliche Initiant des Vorstosses, war aber auch auf der Landwirtschaftsdirektion kein Unbekannter. Er hatte mit seiner im Auftrag der Direktion geschriebenen Hofchronik des Hofes Unterfrittenbach massgeblich den 1940 ausgeschriebenen Hofchronik-Wettbewerb mitgestaltet. Rubi, der 1899 in Grindelwald als Sohn eines Zimmermeisters und Bauern zur Welt gekommen war, hielt schon seit den frühen dreissiger Jahren im Bernbiet Vorträge über «Volkskunst», restaurierte ländliche Bauten und Möbel und veröffentlichte Ortsmonographien (s. S. 22).

Rubis bisheriger Leistungsausweis mag denn auch mit ein Grund gewesen sein, dass die Landwirtschaftsdirektion so schnell auf den Vorstoss reagierte. Schon Ende Dezember stellte sie nämlich der Regierung den Antrag, Christian Rubi für vorläufig vier Jahre mit der «Erforschung und Pflege der bernischen Bauernkunst und Dorfkultur» zu beauftragen. Die Landwirtschaftsdirektion begründete diesen Antrag mit der Absicht, dass sie beabsichtige, «die Einflussnahme auf das bäuerliche Geistesleben zu intensivieren und nach der praktischen Seite hin auszugestalten». ³

Gegen dieses Vorgehen erhob aber die Finanzdirektion anfangs Januar 1943 Einspruch. In einem Mitbericht versicherte Regierungsrat Guggisberg, seine Direktion stehe «den Bestrebungen zur Förderung der bäuerlichen Kultur an sich sympathisch» gegenüber, müsse den konkreten Antrag aber ablehnen, weil der Voranschlag mit der Genehmigung durch den Grossen Rat für die Verwaltung verbindlich sei. ⁴

Der Finanzdirektor schlug der Landwirtschaftsdirektion vor, für die Entlohnung Rubis einen «Ausweg über die Seva» zu suchen. Doch Rubi handelte selber. Schon anfangs März 1943 richtete er via Lehrerverein ein Gesuch für ein jähriges Vikariat an die Erziehungsdirektion, um – wie er schrieb – sich der Pflege der Bauernkunst und -kultur zu widmen. ⁵

Die Geschäftskommission des Lehrervereins unterstützte diesen Antrag an ihrer Sitzung vom 10. März; sie war sogar bereit, einen Drittel der Kosten für Rubis Stellvertretung zu übernehmen.⁶ Auch die Erziehungsdirektion war mit dieser einjährigen Beurlaubung einverstanden und übernahm ihrerseits einen Drittel der Kosten.⁷ Das restliche Drittel der Kosten des Stellvertreter-Lohnes übernahm die Landwirtschaftsdirektion, so dass Rubi seine Tätigkeit trotz des Vetos der Finanzdirektion bereits im Frühsommer 1943 hauptamtlich aufnehmen konnte.⁸

Im August orientierte Rubi erstmals Regierungsrat Stähli, er sei im Moment im Obersimmental, wo in «nächster Zeit einige Prachtshäuser renoviert werden sollen».⁹ Er berichtete von «viel gutem Willen», dem seine Arbeit begegne. Der Historische Verein des Obersimmentals beispielsweise beabsichtige, sich in einen Ortsverein zu verwandeln und die Pflege und Erforschung der Bauernkultur in Angriff zu nehmen. Seine Anwesenheit sei aber trotzdem nötig, schrieb Rubi weiter, denn «eine Lenkung und Aufmunterung dürfen nicht fehlen».

In einer von zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannten Personen unterzeichneten Eingabe wurde der Regierungsrat im November 1943 gebeten, für Christian Rubi doch einen amtlichen Auftrag zu schaffen, «der ihn in die Lage versetzt, seine ganze Kraft, seine Erfahrung und Hingabe ausschliesslich jener Arbeit zu widmen, die er selbst als sein Lebensziel erkannt hat».¹⁰ Neben diesem von Professor Hans Hahnloser, Nationalrat Markus Feldmann und vielen anderen unterzeichneten Begehren gab es im Winter 1943/44 noch eine ganze Reihe weiterer Eingaben: auch der Berner Heimatschutz, die Heimatvereinigung Obersimmental sowie einzelne Sektionen des Bernischen Lehrervereins reichten bei der Kantonsregierung Begehren zur Schaffung einer definitiven Stelle für Christian Rubi ein.¹¹

Diese Eingaben an den Regierungsrat im Winter 1943/44 zeigen, dass Rubis vermehrte Aktivitäten im vorangehenden Sommer und Herbst offensichtlich in breiten Kreisen zu Kenntnis genommen worden sind. Die Landwirtschaftsdirektion versicherte den Petitionären denn auch, sie werde prüfen, ob Rubi für ein weiteres Jahr angestellt werden könne. Dem Bernischen Lehrerverein stellte sie im Februar 1944 formell den Antrag, die für das Schuljahr 1943/44 geltende Regelung um ein Jahr zu verlängern. Gleichzeitig versprach die Landwirtschaftsdirektion aber auch, im Verlaufe des Jahres ein dauerndes Anstellungsverhältnis für Rubi zu prüfen.¹² Dieses Versprechen mag für die dann erfolgte Zusage des Lehrervereins entscheidend gewesen sein, hatte der Kantonalvorstand doch schon im November 1943 ein Begehren seiner Sektion Trachselwald unterstützt, die sich für die Schaffung einer vom Kanton finanzierten Dauerstelle für Rubi eingesetzt hatte.¹³

Im Verlauf des Sommers 1944 zeichnete es sich ab, dass das Provisorium nächstens doch in eine feste Institution verwandelt würde. Das Haushaltungslehrerinnenseminar jedenfalls schrieb Regierungsrat Stähli schon im Juni, man

habe anlässlich einer Führung von Christian Rubi durch die Ausstellung «Berner Volkskunst» vernommen, «dass Sie beabsichtigen, ihrer Direktion eine ständige Abteilung einzugliedern, die die Wahrung und Förderung echter bäuerlicher Kultur in Lebenshaltung und Lebensgestaltung zum Ziele hat».¹⁴

Die Landwirtschaftsdirektion war tatsächlich bemüht, mit dem Geschäft vorwärts zu machen. Am 26. September stimmte die Finanzdirektion der Errichtung einer Stelle eines Adjunkten grundsätzlich zu.¹⁵ Gegen den konkreten Antrag der Landwirtschaftsdirektion vom 22. November äusserte die Abteilung Personalsachen der Finanzdirektion aber noch einmal grundsätzliche Bedenken. Es wurden Zweifel geäussert, «ob man diesen Aufgaben durch die Schaffung der Stelle eines Beamten gerecht» werde. Aber gleichzeitig wurde festgehalten, dass «man auf das Geschäft kaum mehr zurückkommen könne», nachdem man der Stelle bereits zugestimmt habe.¹⁶

Das Geschäft verzögerte sich aber noch einmal. Da das Organisationsdekret der Landwirtschaftsdirektion vom 25. November 1909 die Beamten dieser Direktion abschliessend aufzählte, einen Adjunkten aber nicht vorsah, musste dieses Dekret für die Schaffung einer zusätzlichen Adjunktenstelle geändert werden. Zuständig für eine solche Änderung war gemäss der Verfassung der Grosse Rat. Deshalb gelangte die Landwirtschaftsdirektion im April 1945, einen Monat bevor das Geschäft im Grossen Rat behandelt wurde, ein drittes Mal an den Lehrerverein mit der Bitte, er möge sich doch bis zur definitiven Schaffung einer Dauerstelle weiterhin an den Stellvertreterkosten beteiligen. Jetzt winkte der Lehrerverein aber ab: «Der Kantonalvorstand ist der Auffassung, dass [...] der Kanton nun die Mittel für seine [Rubis] besondere Aufgabe selber aufbringen muss», entschied dieser am 25. April 1945.¹⁷

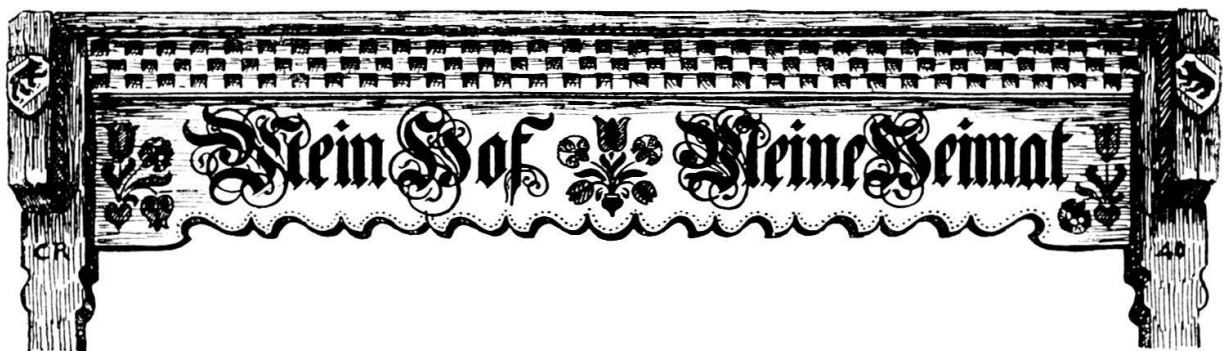
Knapp drei Wochen später stimmte der Grosse Rat dem Antrag des Regierungsrates zur Errichtung einer zusätzlichen Stelle eines Adjunkten bei der Landwirtschaftsdirektion wenn auch nicht kritiklos, so doch ohne Opposition zu. Mit Rücksicht auf die Bedenken der Finanzdirektion stellte die einstimmige Geschäftsprüfungskommission allerdings den Zusatzantrag, diese Stelle vorderhand nicht dauernd, «sondern vorläufig nur für Herrn Rubi» zu beschliessen.¹⁸ So könne man während seiner Amtszeit Erfahrungen sammeln und später entscheiden, ob die Stelle weiter nötig sei oder nicht, argumentierte Grossrat Otto Häberli (BGB) im Namen der Geschäftsprüfungskommission weiter. Regierungsrat Stähli war mit dieser Einschränkung einverstanden. Er wisse, dass nicht die Schaffung des Amtes die Hauptsache sei, sondern dass dieses von jemandem versehen werde, der eine gewisse Leidenschaft mit sich bringe und vor Schwierigkeiten nicht zurückschrecken werde, erklärte Stähli.

In der anschliessenden Diskussion meldete sich kein einziger Vertreter der seit 1938 im Regierungsrat¹⁹ vertretenen Parteien zu Wort. Einzig Grossrat Fritz Bigler intervenierte. Als Vertreter der Jungbauern, die aufgrund ihrer Nichtvertretung in der Geschäftsprüfungskommission von den Vorberatungen des

Geschäftes ausgeschlossen waren, fragte er, ob es sich bei diesem Geschäft etwa darum handle, die «Herren Regierungsräte zu entlasten, die nur noch im Nebenamt der bernischen Regierung angehören oder ob die Vorlage etwa dazu bestimmt sei, einem Manne ein Amt zu verschaffen?»²⁰ Die Jungbauernvertreter sorgten sich auch, dass damit die Förderung der bäuerlichen Kultur unter «staatliche Paragraphen gebeugt» werde. Aber wenn der Staat – wie von Regierungsrat Stähli versprochen – nur fördernd einzugreifen versuche, so dass diese bäuerliche Kultur das bleibe, als was sie bekannt sei, hätten auch sie nichts gegen die Schaffung der Adjunktenstelle, versicherte Bigler gleichzeitig.

Unter Berücksichtigung der von der Erziehungsdirektion verfügten Beurlaubung wählte der Regierungsrat Christian Rubi anfangs Juli 1945 mit Wirkung ab 1. November definitiv zum kantonalen Beamten.²¹ Der von der Landwirtschaftsdirektion ausgearbeitete Auftrag, «das Verständnis für Bauernkunst und echte Dorfkultur zu wecken und den Sinn für das Bodenständige und Währschafte in unserem Bernerland nach Kräften zu fördern», trat nach der Unterzeichnung durch Rubi und Regierungsrat Stähli aber schon Ende Juni in Kraft.²²

Im November 1945, als der Kanton Bern nun auch de jure die gesamtschweizerisch einmalige Einrichtung eines ländlichen Kulturpflegers eingerichtet hatte, wurde dies in der Öffentlichkeit kaum mehr gross als Neuigkeit zur Kenntnis genommen. Einzig der «Bund» berichtete darüber – und beruhigte gleichzeitig allfällige Skeptiker. Das freisinnige Blatt schrieb, Rubi werde sein Amt nicht «im Sinne einer staatlichen «Kultur-Lenkung» auffassen und ausüben»; sein Auftrag stütze sich nicht auf gesetzliche Paragraphen. Die Institution des bernischen Landkultur-Pflegers entspringe vielmehr «dem zeitgemässen Bedürfnis eines gesunden Volkes, das die ererbten Kulturgüter wahren und neue im Sinne einer schöpferischen Tradition schaffen möchte».²³



Tuschzeichnung von Christian Rubi, 1940. Titelblatt der von ihm verfassten «Geschichte des Hofes Hertig im Untern Frittenbach». (Separatdruck aus der Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde 1941.)

Gesellschaftspolitisches Umfeld

Ausser der offensichtlich für diese Aufgabe geradezu prädestinierten Person Christian Rubis, der auch zielstrebig auf die Schaffung der Stelle hinarbeitete, gab es natürlich auch noch andere Ursachen, die zur staatlichen Stelle eines Landkultur-Pflegers im Kanton Bern führten. Auf der einen Seite hatten die seit den 1880er Jahren als Reaktion auf die Krise in der Landwirtschaft auch in der Schweiz eingeführten landwirtschaftlichen Modernisierungsbestrebungen zur Be- und Verdrängung traditioneller Lebens- und Arbeitsformen geführt, deren Überreste es nun vor dem endgültigen Verschwinden zu schützen galt. Auf der anderen Seite waren aber auch spezifisch bernische Ereignisse dafür mitverantwortlich, dass ausgerechnet hier die Pflege und Förderung bäuerlicher Kultur zur Staatsaufgabe deklariert wurde. Die Trennung zwischen der Bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und der Schweizerischen Bauernheimatbewegung (Jungbauern) 1935 hinterliess bei der die Kantonspolitik dominierenden BGB ein Vakuum im kulturellen Bereich, das die Partei so rasch und so gut wie möglich wieder aufzufüllen versuchte. In der von allen gesellschaftlich relevanten Kreisen mitgeprägten Atmosphäre der geistigen Landesverteidigung, in der das «Bäuerliche Wesen» zum «Schweizerischen Wesen» schlechthin deklariert wurde, war es dann fast eine logische Folge, dass sich auch der bernische Staat der Förderung dieser Bestrebungen annahm.

Wie fast überall in Europa reagierten die von der Agrarkrise der 1870/80er Jahre bedrängten Bauern auch in der Schweiz mit WIRTSCHAFTLICHEN MODERNISIERUNGEN auf verschiedenen Ebenen. Mit betriebswirtschaftlichen Reorganisationen (Umstellung vom Ackerbau auf Viehzucht), neuen Bezugs- und Vermarktungsstrategien (Gründung von Genossenschaften) und innerbetrieblichen Rationalisierungen versuchten die Bauern, die Schwierigkeiten so weit wie möglich in den Griff zu bekommen. In der Fachpresse erschienen immer wieder konkrete Anleitungen und Aufforderungen, wie die Bauern mit der Einführung betriebswirtschaftlicher Erneuerungen rationeller produzieren und damit die branchenspezifischen Schwierigkeiten auf der einzelbetrieblichen Ebene lösen könnten. Die Bauern wurden aufgefordert, ihr wirtschaftliches «Leben nach alter Väter Sitte» aufzugeben.²⁴ Ein «Heiri Fortschrittli» erteilte in der Schweizerischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift wöchentlich Ratschläge, wie die bisherige Bewirtschaftungsweise überwunden werden könnte. Mit Appellen wie «Wer sich ohne Not einen Vorrat anschafft, ist ein Verschwender» wurden die Bauern angehalten, sich den wandelnden Bedürfnissen und neuen Möglichkeiten des Marktes anzupassen.²⁵

Die zu Beginn der 1890er Jahre entstandenen Bauernbünde reagierten in ihren wirtschaftlichen Konzepten eher abwartend auf die neue Situation; im politischen Bereich hingegen suchten sie ihre Bündnispartner bei den Kritikern des bürgerlich-freisinnigen Staates und gingen – je nach Kanton – entweder

Koalitionen mit der noch jungen Arbeiterbewegung oder den Konservativen ein.²⁶ Gerade umgekehrt verhielt sich der 1897 gegründete Schweizerische Bauernverband. Die aus Grossbauern und agrarer Intelligenz²⁷ der Schweiz rekrutierte Führung des Verbandes setzte die Modernisierungsforderungen der landwirtschaftlichen Fachpresse der 1890er Jahre in ein wirtschaftspolitisches Programm um. Ernst Laur, der während vierzig Jahren führende Kopf des Verbandes, war trotz – oder gerade wegen – seiner ideologischen Nähe zum deutschen Konservativismus ein glühender Anhänger betriebswirtschaftlicher Modernisierungen auf den Bauernhöfen. Ohne Rücksicht auf die um die Jahrhundertwende auf den meisten Höfen noch weitgehend bestehende Einheit von Haushalt und Betrieb propagierte er zur Etablierung der Buchhaltung eine scharfe Trennung zwischen diesen beiden Bereichen. Mit der Buchhaltung, war Laur überzeugt, liess sich die bäuerliche Landwirtschaft ins Zeitalter der Wissenschaft und der wirtschaftlichen Modernisierung überführen. Laur war sich durchaus bewusst, dass dabei das Wesen der bäuerlichen Wirtschaft grundlegend verändert würde. Das Zeitalter, wo der Hauptzweck der bäuerlichen Wirtschaft die Selbstversorgung gewesen sei, sei endgültig vorüber, meinte er. Das Ziel der «heutigen Landwirtschaft besteht in der Erreichung eines möglichst hohen und dauernden Überschusses des Geldertrages über den Geldaufwand».²⁸ In der Einleitung zu seinem Buch über die Buchhaltung für bäuerliche Verhältnisse heisst es, das landwirtschaftliche Rechnungswesen habe eine hohe erzieherische Bedeutung, da es zum Beobachten und Denken anrege und damit den Bauern den Anschluss an das wissenschaftliche Zeitalter ermögliche. «Aus dem Bauer wird mit der Zeit ein landwirtschaftlicher Unternehmer», stellte Laur um die Jahrhundertwende zuversichtlich fest.²⁹

Modernisierungsbestrebungen mit ähnlichen Auswirkungen waren aber auch die Arbeits- und Lebensbereiche der Frauen in der Landwirtschaft ausgesetzt. Wurde von einer Bäuerin um 1870 noch verlangt, dass sie sich in der «kräftigen Zubereitung der Speisen»³⁰ auskenne, so wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der landwirtschaftlichen Fachpresse von ihr bereits erwartet, dass sie die «gute bürgerliche Küche» beherrsche und sogar «etwas von der feineren Kochkunst»³¹ verstehe. Nicht zuletzt um die Trennung von Bauernbetrieb und Haushalt richtig zu lernen, sollten Bauerntöchter die «Instandhaltung der Küche und Wohnung» in einem nichtbäuerlichen Haushalt erlernen, wurde weiter empfohlen.³²

Dreissig Jahre später, als ein grosser Teil der Bauern und Bäuerinnen diese Forderungen im Alltag zumindest teilweise umsetzten, wurden die Auswirkungen der veränderten bäuerlichen Lebens- und Wirtschaftsweise auch optisch sichtbar. Das marktgerechte Ver- und Zukaufen fast aller Produkte beispielsweise hatte die traditionelle Vorratshaltung tatsächlich so weit abgelöst, dass die Speicher durch den Verlust ihrer ursprünglichen Funktion plötzlich gefährdet waren. Regierungsrat Stähli selber stellte fest, dass «unter dem Einfluss der

vordringenden Geldwirtschaft, der Umsetzung aller Produkte in Geld, der Speicher in den Hintergrund» geraten sei und nur noch als Werkzeugkammer und Geräteschuppen diene.³³

Ernst Laur war jetzt einer der ersten, der diese Entwicklung zu hinterfragen begann. In den späteren Auflagen seiner landwirtschaftlichen Betriebslehre betonte er, dass Buchhaltung und Betriebslehre zwar die Aufgaben der landwirtschaftlichen Unternehmer darzustellen hätten, daneben aber nicht vergessen werden sollte, dass «der Bauer als Mensch, Familienvater und Patriot den landwirtschaftlichen Betrieb beurteilen und führen» solle.³⁴ Diese Haltung schlug sich 1935 auch in den Richtlinien des Bauernverbandes nieder, wo neben der schon bisher geforderten materiellen Besserstellung der Landwirtschaft jetzt auch für den «Wiederaufbau und die Erneuerung einer gesunden bäuerlichen Wohnkultur» geworben wurde.³⁵ Und die Landwirtschaftsdirektion selber begründete ihren Antrag zur Schaffung der Stelle damit, dass sie der «Gefahr, dass der Bauer zum modernen Unternehmer wird und den Erfolg seiner Bemühungen einseitig am Geldertrage misst,» begegnen wolle.³⁶

Bäuerliche Politiker verschiedenster Schattierungen beklagten seit den 1920er Jahren immer wieder, dass die rationalistische, vom Konkurrenzkampf geprägte Welt das «bäuerliche Wesen» zerstöre. In der Ablehnung einer liberalen Gesellschaft, «in der jeder rücksichtslos nur mehr für sich allein hat denken lernen»³⁷, waren sich die Bauernpolitiker noch weitgehend einig. Doch die politischen Konsequenzen, die sie aus dieser Grundhaltung zogen, waren ganz unterschiedlich und verstärkten sich in der Krise der dreissiger Jahre so weit, dass der Bruch unvermeidlich wurde. Die vom Bundesrat im Frühling 1932 eingeleitete Preis- und Lohnabbaupolitik führte dazu, dass bäuerliche Gruppierungen zum Schluss gelangten, die Bauern könnten ihre bäuerliche Existenz nur dann retten, wenn sie zusammen mit der Arbeiterschaft diese Abbaupolitik zu verhindern verstanden. Die Mehrheit hingegen war überzeugt, dass nur die Aufrechterhaltung der gut dreissigjährigen bürgerlich-bäuerlichen Allianz die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Landwirtschaft in Grenzen halten könne. Im Kanton Bern spitzte sich dieser Konflikt an der von den Gewerkschaften und der Bauernheimatbewegung (Jungbauern) 1934 gemeinsam lancierten Kriseninitiative, die der offiziellen Abbaupolitik ein Konzept einer aktiven Krisenbekämpfung gegenüberstellte, derart zu, dass es nach der vehementen Bekämpfung des Volksbegehrens durch die BGB im Abstimmungskampf des folgenden Jahres zur Spaltung der Partei kam.³⁸

Die FÖRDERUNG DER BÄUERLICHEN KULTUR, da waren sich aber beide Lager einig, sollte ein wichtiger Bestandteil der Agrarpolitik sein. Hans Müller, der führende Kopf der Schweizerischen Bauernheimatbewegung beispielsweise befasste sich schon als Sekretär des Vereins abstinenter Schweizer Bauern nicht ausschliesslich mit der Umstellung der Obstverwertung, sondern auch mit bauernkulturellen Fragen; er wollte der «rein materiellen Gesinnung einen Damm

entgegenbauen».³⁹ Aus den kleinen, Mitte der zwanziger Jahren entstandenen Diskussionsgruppen junger Bauern und Bäuerinnen, die sich «Junges Bauernland» nannten, entstand mit der Schweizerischen Bauernheimatbewegung die organisatorische Grundlage für Müllers umfassende bauernkulturelle Bestrebungen, die seit 1927 auch die Jugendbildungsarbeit der bernischen BGB umfassten.⁴⁰ Die verschiedenen, von ihm gegründeten und geführten Stellen führte Müller, der 1928 für die BGB auch in den Nationalrat gewählt worden war, dann 1930 in der «Schweizerischen Zentralstelle für bäuerliche Jugend-, Kultur- und Fürsorgearbeit» zusammen.

Mit der Abspaltung der Jungbauern verlor die BGB nicht nur einen Teil ihrer Wähler und ihres Kaders, sondern mit einem Schlag auch den Kern ihrer bäuerlichen Bildungsarbeit an die neue politische Konkurrenz, die in der Richtlinienbewegung dann bis 1938 eng mit der Sozialdemokratie zusammenarbeitete und in zahlreichen bernischen Gemeinden vorübergehend zu neuen politischen Mehrheitsverhältnissen führte. Die BGB blieb nicht untätig, und im Winter 1936/37 führte die Parteizentrale unzählige Bildungskurse durch, deren Aufbau und Programm «weitgehend eine Kopie der von Hans Müller eingeführten Bildungsarbeit» war.⁴¹ Mit dieser massiven Intensivierung ihrer Bildungsarbeit versuchte sie erfolgreich, auf dem Land auch auf diesem Gebiet wieder Boden gutzumachen. Unterstützung erhielt sie dabei indirekt auch durch die Ökonomische und gemeinnützige Gesellschaft, die noch im gleichen Jahr eine Kommission für bäuerliche Wohnkultur ins Leben rief und einen «Appell an unser Bauernvolk» richtete, «einzustehen für die Erhaltung und Erneuerung einer gesunden bäuerlichen Kultur und Lebensführung».⁴²

Auch die Landwirtschaftsdirektion, der seit 1918 immer ein BGB-Regierungsrat vorstand und die mit Werner Moser ab Ende 1936 auch den bisher engsten Mitarbeiter Hans Müllers auf dem Mösberg beschäftigte, begann sich Ende der dreissiger Jahre vermehrt mit bäuerlicher Kultur auseinanderzusetzen. In einem ersten Schritt beauftragte sie Christian Rubi mit der Abfassung einer Chronik des Hofes Hertig im untern Frittenbach. Die Geschichte dieses Einzelhofes erschien 1940 und wurde den Teilnehmern des im gleichen Jahr von der Landwirtschaftsdirektion erstmals ausgeschriebenen Wettbewerbs zur Abfassung von Hofchroniken als Musterbeispiel abgegeben.⁴³ «Die Vergangenheit des Hofes zu studieren, seine früheren Bewirtschafter und ihre Schicksale kennen zu lernen, zu sehen, wie sie das Land bebaut, die Erzeugnisse verwertet, wie sie gelebt, sich gekleidet und genährt haben, dies alles wird die besten geistigen und kulturellen Kräfte im Bauernvolk wecken und das heutige Bauernleben bereichern und vertiefen», schrieb die Landwirtschaftsdirektion in der Ausschreibung.⁴⁴ In der Förderung der Bauernkultur erblickte man an der Herrengasse «eine Idee, die dem modernen Erwerbsgeist entgegengesetzt»⁴⁵ sei und mit deren Stärkung die auch bei den Bauern vorhandenen «materialistischen Veranlagungen» aufgefangen werden könnten.⁴⁶



**An den Pflug!
An den Spaten!
Sammeln wir uns,
Stadt und Land,
zur gemeinsamen Tat
für unsere Ernährungsfreiheit!
Auch die Milchwirtschaft
ist am Werk!
Milch und Milchprodukte
bilden mehr denn je das Rück-
grat unserer Landesversorgung!**

Schweiz. Milchkommission.

Aufruf der Schweizerischen Milchkommission auf der Umschlagrückseite der «Geschichte des Hofes Hertig im Untern Frittenbach». (Separatdruck aus der Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde 1941.)

Spätestens mit der Zusammenarbeit zwischen Christian Rubi und der Landwirtschaftsdirektion war es der BGB gelungen, auf dem Gebiet der bäuerlichen Kultur mit den Jungbauern gleichzuziehen, nachdem diese mit der von Markus Feldmann in die Wege geleiteten Integration der SP in den Regierungsrat schon 1938 politisch isoliert worden waren. Das zielstrebige Vorgehen bei der Schaffung einer staatlichen Stelle zur Förderung der ländlichen Kultur – unterstützt durch die Eingaben aus der Partei und ihr nahestehender Kreise – führte dann dazu, dass die Jungbauern auch im Bereich der bäuerlichen Kulturarbeit an den Rand gedrängt wurden.⁴⁷ Die widersprüchliche Intervention Fritz Biglers anlässlich der Behandlung des Geschäfts im Grossen Rat macht denn auch deutlich, wie isoliert die einst führenden Kräfte auf diesem Gebiet nur knapp zehn Jahre nach ihrem Höhepunkt bereits waren.

Dass es der BGB gelang, die Förderung der bäuerlichen Kultur praktisch oppositionslos zur bernischen Staatsaufgabe zu machen, hängt neben der dominierenden Rolle, die die Partei im Kanton nach der Abspaltung der Jungbauern bereits Ende der dreissiger Jahre wieder spielte, auch mit der immer populärer werdenden «GEISTIGEN LANDESVERTEIDIGUNG» zusammen.⁴⁸ Die Betonung der eigenen Geschichte – und der historischen Mythen – und der Rückgriff auf alte Leitbilder wurde zur quasi offiziellen Kulturpolitik der Schweiz und sollte die Existenzberechtigung des helvetischen «Sonderfalls» zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien unterstreichen. Dabei wurde «bäuerliche Kultur» – oder eben das, was darunter verstanden wurde – zur schweizerischen Kultur schlechthin deklariert. Die Aussage «Bauernart ist Schweizerart» wurde zu einem Allgemeingut. Präzis formuliert hat dieses Denken Regierungsrat Stähli, als er schrieb, die Tugenden aus der Tradition des Bauerntums seien in «die Seele des Schweizervolkes übergegangen».⁴⁹

Die bauernkulturellen Bestrebungen der Landwirtschaftsdirektion erfuhren denn auch ungeteilte Zustimmung und Unterstützung aus praktisch allen gesellschaftlichen Schichten. Die in der Rheinschiffahrt tätige Basler Grosshandelsfirma Lloyds AG beispielsweise unterstützte den Hofchronik-Wettbewerb der bernischen Landwirtschaftsdirektion von sich aus mit einem namhaften finanziellen Beitrag; eine Geste, die von der Landwirtschaftsdirektion denn auch als Beweis aufgefasst wurde, «dass an einem schollenverwurzelten Bauerntum alle Volks- und Wirtschaftsgruppen in gleicher Weise interessiert» seien.⁵⁰ Dass dies bis zu einem gewissen Grad tatsächlich zutraf, zeigt sich auch am Engagement der Stadtberner Behörden für die Förderung der ländlichen Kultur. Neben dem freisinnigen Ernst Bärtschi setzte sich auch der sozialdemokratische National- und Berner Gemeinderat Ernst Reinhard für dieses Anliegen ein. Anlässlich eines mit Bärtschi und Regierungsrat Stähli unternommenen Besuchs im «Althus» im Jerisberghof zeigte sich Reinhard besonders besorgt über den Verlust bäuerlicher Kulturgüter. Die Ursache dafür sah er vor allem in der starken Zunahme der landwirtschaftlichen Zweckbauten. In einem Brief an den neuen

Direktor des Bauernverbandes, Oskar Howald, sorgte er sich insbesondere um das Überhandnehmen der funktionalen Bauweise des landwirtschaftlichen Bauamtes in Bern⁵¹, dem «es einfach am nötigen Fingerspitzengefühl» fehle, so dass im landwirtschaftlichen Bereich oft Bauten entstünden, «die mit dem gesunden Empfinden nicht mehr in Übereinstimmung gebracht werden können».⁵²

Schlussfolgerungen

Die Förderung ländlicher Kultur war also während des Zweiten Weltkriegs etwa gleich populär geworden wie das Landleben und die Darstellung der Bauern in der Literatur im ersten Weltkrieg, als trotz der Verstädterung und der immer stärkeren Dominanz des industriellen Sektors im Wirtschaftsbereich sich neun von zehn Prosawerken von Schweizer Autoren mit dem ländlichen Leben – oder dem, was sie sich darunter vorstellten – befassten.⁵³ Und genauso spärlich wie damals – als Alfred Huggenberger der einzige von der Literaturkritik anerkannte schreibende Bauer war –, war die bäuerliche Bevölkerung auch diesmal vertreten: Präsident der Kommission der Ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft für bäuerliche Wohnkultur war nicht etwa ein Bauer oder gar eine Bäuerin, sondern ein Museumsdirektor aus der Stadt Bern. Die eifrigsten Förderer der bäuerlichen Kultur kannten die Landwirtschaft denn auch oft gar nicht aus der Praxis. Und diejenigen, die – wie Rubi – die Realität des bäuerlichen Lebens zumindest in ihrer Kindheit kennengelernt hatten, waren nicht immer davor gefeit, dass ihre in der Regel präzisen Beobachtungen von einem realitätsfernen Wunschdenken überdeckt wurden, dem die bäuerliche Bevölkerung zumindest skeptisch gegenüberstehen musste. Jedenfalls stand Rubis Einschätzung, dass der «Emmentaler Bauer zu seinem Glücke viel weniger Anteil am neuzeitlichen Geldwirtschaftsbetrieb als der Landwirt des Flachlandes»⁵⁴ habe, im schroffsten Gegensatz zu den jahrzehntelangen politischen Bestrebungen der markantesten Repräsentanten dieser Emmentaler Bauern.⁵⁵ Unter den Eingaben, die im Winter 1942/43 von der Regierung die Förderung der bäuerlichen Kultur forderten, sucht man denn auch nicht ganz überraschend vergebens nach solchen des Bernischen Bauernverbandes oder des Verbandes der Bernischen Landfrauenvereine.⁵⁶ Alt Bundesrat Minger hat in einer Vorbereitungssitzung zur Gründung des kantonalen Bauernverbandes sogar ausdrücklich erklärt, die vorgesehene kulturelle Tätigkeit könne ohne Schaden aus dessen Statuten gestrichen werden.⁵⁷

Die bäuerlichen Innovations- und Modernisierungsanstrengungen – ohne die es kein wirtschaftliches Überleben gab – und der Hang zur Bewahrung bei der staatlichen Förderung der bäuerlichen Kultur schufen Konflikte. Diese konnten nur gelöst werden, weil die bauernkulturellen Bestrebungen der vorwiegend nichtbäuerlichen Kreise nicht nur auf die Bewahrung bisheriger Zustände aus-

gerichtet waren. Der Mehrheit der Anstrengungen war trotz ihrer rückwärts-gewandten ideologischen Begründung immer ein praktisches «Fortschrittselement» inhärent. Wie die Hausarbeit generell, da war man sich bei den Förderern der bäuerlichen Kultur weitgehend einig, so sollte sich auch das bäuerliche Wohnen und die bäuerliche Kultur minimalen zeitgenössischen Normen anpassen. Es war denn auch kein Zufall, dass die Kommission der Ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft für bäuerliche Wohnkultur 1941 mit Rudolf Lehmann ausgerechnet einen Stadtberner Innenarchitekten zu ihrem Sekretär machte, der in der Folge via Wohnberater auch einen relativ grossen Einfluss auf die Gestaltung des bäuerlichen Wohnens gewann.⁵⁸

Allerdings wurde nicht nur eine eindimensionale «Verbürgerlichung»⁵⁹ der bäuerlichen Kultur angestrebt, sondern auch eine «Verbäuerlichung» der nicht-bäuerlichen Kreise auf dem Land. Bauernkultur hatte zwar etwas mit Bauern zu tun, war aber in den Augen ihrer Förderer nichts ausschliesslich Bäuerliches. Regierungsrat Stähli betonte dies auch anlässlich der Grossratsdebatte zur Schaffung der Stelle, als er erklärte, er möchte nicht, «dass man daraus eine reine Bauernsache» mache, da es um «die geistige Einstellung ganzer Dorfschaften» gehe.⁶⁰

Die Frage, was genau bäuerliche Kultur denn überhaupt sei, wurde aber kaum je explizit gestellt, geschweige denn beantwortet.⁶¹ Und trotzdem gab es in dieser Frage kaum Meinungsverschiedenheiten: Man orientierte sich mehr oder weniger stillschweigend an der Kultur der bäuerlichen Oberschicht in den Dörfern, «der Bauernaristokratie», wie Grossrat Häberli sie bezeichnete und gleichzeitig als Voraussetzung für einen «hohen Stand» der Dorf- und Bauernkultur betrachtete.⁶²

Diese Oberschicht, die sich von den Klein- und Mittelbauern trotz ihrer räumlichen Nähe und der vielen Gemeinsamkeiten des Alltagslebens oft subtil, aber doch eindeutig abgrenzte,⁶³ funktionierte als Bindeglied zwischen den ländlichen Unterschichten auf der einen, und der nichtbäuerlichen Dorfelite (Pfarrer, Lehrer, Arzt usw.) auf der anderen Seite. Es war diese Brückenfunktion, die ihr in den Dörfern die moralische Legitimation zur politischen Vertretung *der* Landschaft verlieh⁶⁴ und die nichtbäuerlichen Kulturförderer dazu verleitete, deren Kultur als die Kultur des Bauernstandes oder gar des Dorfes schlechthin zu interpretieren.

Die pragmatische Verbindung von Bewahrung und Fortschritt führte dazu, dass die staatliche Förderung der ländlichen Kultur über die geistige Landesverteidigung hinaus auch in der Zeit des wirtschaftlichen Wachstums und der noch zunehmenden Verdrängung bäuerlicher Existenzen politisch problemlos mehrheitsfähig blieb.⁶⁵ Der unbestrittene Ausbau der seinerzeit an die Person Christian Rubis gebundenen Stelle bei dessen Pensionierung 1967/68 ist der beste Beweis für die breite politische Akzeptanz, auf die die Stelle für Bauern- und Dorfkultur auch in der Hochkonjunktur noch zählen konnte.

Peter Moser

Benutzte Quellen

1. Ungedruckte Quellen

Staatsarchiv Bern

Bestand BB 12.1.: Akten der Landwirtschaftsdirektion

Bundesarchiv

Tagebuch Markus Feldmann

Archiv der Ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern

Protokolle des Büros und der Geschäftsleitung 1935–1945

Tätigkeitsberichte

Archiv des Bernischen Bauernverbandes

Protokolle der Vorstandssitzungen 1942–1945

Archiv des Bernischen Lehrerinnen- und Lehrervereins

Protokollbücher des Kantonalvorstandes sowie der Geschäftskommission 1942–1945

Archiv des Verbandes bernischer Landfrauen-Vereine

Protokolle der Vorstandssitzungen sowie der Subkommission für die Pflege und Erhaltung ländlicher Art 1932–1946

2. Gedruckte Quellen

2.1. Amtliche Publikationen

Grossratsbeschluss betreffend die Errichtung der Stelle eines Adjunkten bei der Landwirtschaftsdirektion vom 14. Mai 1945. Beilage 10 im Tagblatt des Grossen Rates vom 14. Mai 1945, S. 316–318.

2.2. Zeitungen

Der Bund

Schweizer Jungbauer

Neue Berner Zeitung

Schweizer Bauer

Berner Tagwacht

Bauernheimat

Vorspann

Anmerkungen

- ¹ Brief von Stadtpräsident Ernst Bärtschi an Regierungsrat Hans Stähli vom 20.7.1942, in: ArBDK.
- ² Brief von Karl Uetz an Ernst Bärtschi vom 27. Juni 1942. Ob der achtseitige, äusserst detaillierte Arbeitsplan, der wahrscheinlich dem Antrag beigelegt war, auch von Christian Rubi stammt, ist unklar. Die systematisch vorgenommene Auslegeordnung entspricht kaum Rubis Arbeitsstil. Es ist wahrscheinlicher, dass der Arbeitsplan aus dem «Kreis von Interessierten» stammte, den Rubi gemäss Uetz für sein Anliegen bereits gewonnen hatte. Alle Unterlagen befinden sich im ArBDK.
- ³ Vortrag der Landwirtschaftsdirektion an den Regierungsrat vom 28.12.1942. ArBDK.
- ⁴ Mitbericht der Finanzdirektion vom 6.1.1943 zum Antrag der Landwirtschaftsdirektion vom 28.12.1942. ArBDK.
- ⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung der Geschäftskommission des Bernischen Lehrervereins vom 10.3.1943. ArBLV.
- ⁶ Ebd.
- ⁷ Brief der Erziehungsdirektion an den Bernischen Lehrerverein vom 30. März 1943. PArR.
- ⁸ Vgl. Brief der Landwirtschaftsdirektion an den Bernischen Lehrerverein vom 12.5.1943. StAB, BB 12.1, (Dossier 956).
- ⁹ Vgl. Brief von Rubi an Regierungsrat Stähli vom 15.8.1943. StAB, BB 12.1, (Dossier 908).
- ¹⁰ Eingabe an den Regierungsrat des Kantons Bern, November 1943. ArBDK.
- ¹¹ Für die einzelnen Eingaben an den Regierungsrat vgl. StAB, BB 12.1, (Dossier 956).
- ¹² Brief vom 18.2.1944. StAB, BB 12.1, (Dossier 956).
- ¹³ Die Sektion Trachselwald des Bernischen Lehrervereins reichte im November 1943 eine Eingabe «zur Schaffung einer Dauerstelle für Kollege Rubi zur Pflege bäuerlicher Kultur» via Lehrerverein und Inspektorenkonferenz an die Regierung. Der Kantonalvorstand unterstützte diese Eingabe. Vgl. Protokoll der Sitzung des Kantonalvorstandes des Bernischen Lehrervereins vom 20.11.1943. ArBLV.
- ¹⁴ Vgl. Brief des Haushaltungslehrerinnenseminars der Sektion Bern des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins an Regierungsrat Stähli vom 14. Juni 1944. StAB, BB 12.1, (Dossier 956).
- ¹⁵ Vgl. den Antrag der Abteilung für Personalsachen der kantonalen Finanzdirektion vom 11.12.1944. ArBDK.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ Protokoll der Sitzung des Kantonalvorstandes des Bernischen Lehrervereins vom 25.4.1945. ArBLV.
- ¹⁸ Tagblatt des Grossen Rates, 14.5.1945, S. 316.
- ¹⁹ Seit 1938 setzte sich der Regierungsrat aus 4 BGB-, 3 FDP- und 2 SP-Vertretern zusammen.
- ²⁰ Tagblatt des Grossen Rates, 14.5.1945, S. 317. (Die Anspielung auf das Nebenamt galt Regierungsrat Stähli, der zugleich auch noch Nationalrat war und dort die BGB in der Vollmachtenkommission vertrat.)
- ²¹ Nach der Weigerung des Bernischen Lehrervereins im April, weiterhin einen Drittel der Stellvertretungskosten zu übernehmen, teilten sich die Landwirtschaftsdirektion und die ED in diese Auslagen, obwohl die ED bei ihrer ursprünglichen Zusage zu einer Kostenbeteiligung dem Lehrerverein mitteilte, eine Verlängerung ihres finanziellen Engagements könne «unter keinen Umständen in Frage kommen». Vgl. Brief der ED an den Bernischen

- Lehrerverein vom 30.3.1943 sowie Brief der Landwirtschaftsdirektion an ED vom 5.7.1945. StAB, BB 12.1, (Dossier 956) und PArR.
- ²² Vgl. Auftrag der Direktion der Landwirtschaft des Kantons Bern an Herrn Christian Rubi, Adjunkt der Landwirtschaftsdirektion für ländliche Kulturpflege vom 25. Juni 1945 sowie den Begleitbrief vom 26. Juni an Christian Rubi. StAB, BB 12.1, (P.D. 32).
- ²³ Der Bund, 8.11.1945.
- ²⁴ Schweizerische Landwirtschaftliche Zeitschrift, 1892, S. 71.
- ²⁵ Ebd., 1890, S. 129.
- ²⁶ Der im Kanton Bern gegründete Bauernbund spielte im Gegensatz zu denjenigen von Zürich und Basel-Land keine grosse Rolle und bestand faktisch nur aus dem bäuerlichen Anhang der konservativen Volkspartei. Sein Führer, Ulrich Dürrenmatt, der auch dem Vorstand des Schweizerischen Bauernbundes angehörte, war selber kein Bauer und insofern keine typische Figur dieser Bewegung.
- ²⁷ BAUMANN, WERNER. Bauernstand und Bürgerblock. Ernst Laur und der Schweizerische Bauernverband 1897–1918, Zürich 1993, S. 79.
- ²⁸ LAUR, ERNST. Landwirtschaftliche Buchhaltung für bäuerliche Verhältnisse. Zürich 1897, S. 2.
- ²⁹ LAUR, ERNST (wie Anm. 28), S. 3.
- ³⁰ Der Landwirth, Organ des Luzernischen Bauernvereins, 17.2.1876.
- ³¹ Ebd., 12.11.1909.
- ³² Ebd. 19.11.1909.
- ³³ Tagblatt des Grossen Rates, 14.5.1945, 316.
- ³⁴ LAUR, ERNST. Landwirtschaftliche Betriebslehre. Zürich, 1938, S. 40.
- ³⁵ Vgl. Tätigkeitsbericht der Ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft, 1937, S. 32.
- ³⁶ Vortrag der Direktion der Landwirtschaft an den Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates betreffend Schaffung einer ständigen Adjunktenstelle zur Erforschung und Pflege der bernischen Bauernkunst und Dorfkultur vom 22.11.1944. StAB, BB 12,1, (Dossier 956).
- ³⁷ Bauernheimat, 12.3.1929.
- ³⁸ Auf schweizerischer Ebene wurde die Initiative abgelehnt, im Kanton Bern hingegen trotz der engagierten Gegnerschaft von Bundespräsident Minger angenommen.
- ³⁹ Vorspann, August 1933.
- ⁴⁰ Die BGB beauftragte 1927 in einem Vertrag den als Sekundarlehrer zurückgetretenen Dr. Hans Müller mit der Pflege der ideellen und kulturellen Fragen.
- ⁴¹ RIESEN, RENÉ. Die Schweizerische Bauernheimatbewegung. Bern 1972, S. 37.
- ⁴² Tätigkeitsbericht der Ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft, 1936, S. 25.
- ⁴³ Vgl. Sonderbeilage «Mein Hof – Meine Heimat. Ein Wettbewerb der bernischen Landwirtschaftsdirektion für die Abfassung von Hofchroniken.» In: Schweizer Bauer, Nr. 126, Oktober 1940.
- ⁴⁴ Ebd.
- ⁴⁵ Vgl. Brief der Landwirtschaftsdirektion an den Ott Verlag vom 18.2.1944. ArBDK, Dossier Hofchroniken.
- ⁴⁶ STÄHLI, HANS. Bauerngeist als Träger des Staates. In: Schweizer Bauer, No. 126, Oktober 1940.
- ⁴⁷ Die gesellschaftliche Isolation der Bauernheimatbewegung hielt bis in die späten 1970er Jahre an. Erst jetzt wurde die vor allem von Marie Müller innerhalb der Bauernheimatbewegung in der Nachkriegszeit geleistete Pionierarbeit beim Aufbau des biologischen Landbaus zur Kenntnis genommen.
- ⁴⁸ Die Erziehungsdirektion beispielsweise organisierte 1938 im ganzen Kanton «Einführungskurse über die Frage der geistigen Landesverteidigung» für Lehrer und Lehrerinnen.

- Der Kantonalvorstand des bernischen Lehrervereins, der sich ja an der Freistellung Rubis vom Schuldienst finanziell massgeblich beteiligte, empfahl seinen Mitgliedern den Besuch dieser Kurse «wärmstens». Vgl. Amtliches Schulblatt, August 1938.
- ⁴⁹ Der Schweizer Bauer, Nr. 126, Oktober 1940.
- ⁵⁰ Die Lloyd's AG überwies der Landwirtschaftsdirektion im Februar 1942 500 Franken und stellte auch für das folgende Jahr einen Beitrag in Aussicht. Vgl. Brief der Lloyds AG an Regierungsrat Stähli vom 23.2.1942 sowie das Dankeschreiben der Landwirtschaftsdirektion vom 25.2.1942. ArBDK, Dossier Hofchroniken.
- ⁵¹ Der Bauernverband hatte 1916 mit der Gründung des landwirtschaftlichen Bauamtes begonnen, seine Aktivitäten auf das ländliche Bauwesen auszudehnen. Die in der Folge in verschiedenen Kantonen errichteten Bauämter führten von den Architektenarbeiten über die Bauleitung bis zur Kontrolle alle Arbeiten aus. 1938 wurden die kantonalen Bauämter in einer unter der Kontrolle des Bauernverbandes stehenden Genossenschaft zusammengeführt.
- ⁵² Vgl. Brief von Ernst Reinhard an Oskar Howald vom 29.11.1943. StAB, BB 12.1, (Dossier 908).
- ⁵³ Jakob Bühler kam 1914 aufgrund der Neuerscheinungen zum Resultat, dass «über 95 Prozent aller Erzählungen in einem Dorf oder auf den Bergen spielen, dass die dargestellten Personen in der überwiegenden Mehrzahl Bauern sind.» In: Schweizerland-Kalender des Jahrgangs 1914, S. 120.
- ⁵⁴ RUBI, CHRISTIAN. Der Emmentaler Speicher. Bern o. J. (Berner Heimatbücher, Nr. 2).
- ⁵⁵ Nationalrat Fritz Siegenthaler aus Trub beispielsweise galt in den 1920/30er Jahren unbestritten als der reichste Berner Bauer. Als Präsident des Zentralverbandes Schweizerischer Milchproduzenten setzte er sich während mehr als zwanzig Jahren für einen möglichst hohen Milchpreis ein. Auch der erste Präsident des 1941/42 aus der Sorge um eine materielle Vernachlässigung der Anliegen der Berner Bauern entstandene Bernische Bauernverband war mit Alfred Held aus Sumiswald ein Emmentaler.
- ⁵⁶ Als sich Ernst Laur jun. von der Schweizerischen Trachtenvereinigung 1941 bei den Bernischen Landfrauen erkundigte, weshalb die Frauen im Bernbiet zu «Tausenden Ärmelschurz und Modeheuergruscht» anstelle der Tracht tragen würden, erhielt er zur Antwort, dies sei so, weil das Tragen der Tracht zur Arbeit ungeeignet sei. Vgl. Archiv des Verbandes Bernischer Landfrauenvereine.
- ⁵⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Leitenden Ausschusses vom 25. Oktober 1941. Die Ökonomische und gemeinnützige Gesellschaft hatte sich nur unter der Bedingung, dass der Verband politisch neutral bleibe und sich nicht mit kulturellen Fragen beschäftige, für die Gründung eines bernischen Bauernverbandes ausgesprochen. Ar Bernischer Bauernverband.
- ⁵⁸ In der in bäuerlichen Kreisen gelesenen Presse inserierten Möbel- und Kleidergeschäfte mit dem Hinweis, Berater für die bäuerliche Wohnkultur der Ökonomischen und gemeinnützigen Gesellschaft würden ihre Waren empfehlen. Vgl. z.B. Neue Berner Zeitung vom 30.10. und 7.11.1945.
- ⁵⁹ Dieser Begriff, der eine Angleichung der bäuerlich-ländlichen Lebensweise an die bürgerlich-städtische suggeriert, sei hier mit grösster Vorsicht benutzt. Denn die unbestrittene Tatsache, dass bestimmte materielle Güter (wie beispielsweise das Auto) in den Familien der dörflichen Oberschicht Einzug hielten, hatte ja (noch) nicht zur Folge, dass sich deren Lebensstil, die Bildung oder gar das ästhetische Empfinden bildungs- oder wirtschaftsbürgerlichen Verhältnissen anpasste.
- ⁶⁰ Tagblatt des Grossen Rates, 14. Mai 1945, S. 317.
- ⁶¹ Eine Ausnahme ist diesbezüglich Werner Moser, der sich schon auf dem Mösberg intensiv mit Fragen der bäuerlichen Kultur auseinandersetzte und ab 1945 auf der

Landwirtschaftsdirektion Ansprechpartner Christian Rubis war. Vgl. MOSER, WERNER. Förderung der Bauernkultur im Kanton Bern. Zürich 1948.

⁶² Tagblatt des Grossen Rates, 14. Mai, 1945, S. 316.

⁶³ Die grösseren Bauern nannten sich im offiziellen Verkehr mit Behörden in den dreissiger Jahren nicht selten «Gutsbesitzer», um sich so von der Masse der kleinen und mittleren Bauern abzugrenzen. Vgl. beispielsweise die Gemeinderversammlungsprotokolle der Gemeinde Oberbalm in den 1930er Jahren.

⁶⁴ In vielen Landgemeinden gab es bis zur politischen Eigenständigkeit der Jungbauern Mitte der dreissiger Jahre keine politische Alternative zu den BGB-Repräsentanten.

⁶⁵ Auch 1953 überwies der Grosse Rat oppositionslos ein Postulat, das forderte, an den kantonalen landwirtschaftlichen Schulen vermehrt auch Anliegen der «bäuerlichen Kulturpflege» zu vermitteln. Vgl. Tagblatt des Grossen Rates, 19. Februar 1953, S. 93.